

# Nachrichten für Naunhof

Amtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

5. Aufl. Sonntagsbeilage

Feuilleton Nr. 3

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eich, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinstenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna zc.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 3 Mk. 20 Pfg. Anzeigenpreis: die sechsstelligen Zeilen 25 Pfg., auswärts 30 Pfg. Amtlicher Teil 50 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Nr. 92.

Sonntag, den 3. August 1919.

30. Jahrgang.

## Amtliches.

### Polizei-Verordnung

#### über den Arbeiterschutz auf Bauten.

Auf Grund von § 140 Absatz 2 des Allgemeinen Baugesetzes und § 31 Absatz 1 der Ausführungsverordnung zu demselben ordnet die unterzeichnete Amtshauptmannschaft als Baupolizeibehörde für ihren Bezirk hiermit an, daß

- a) bei Hochbauten dann, wenn einschließlich der Pfeiler und Vordächer mehr als 3 Personen gleichzeitig auf dem Baue beschäftigt sind,
- b) bei den von Unternehmern ausgeführten Tiefbauten aber dann, wenn an einer bestimmten Stelle des Baues mehr als drei Personen länger als eine Woche hindurch gleichzeitig beschäftigt werden,

von jetzt ab die nachstehenden Vorschriften gelten.

Während der ganzen Dauer des Baues müssen für die dabei beschäftigten Arbeiter zur Unterhaltung bei ungünstiger Witterung und in den Ruhepausen besondere Räume vorhanden sein.

1. Jeder solche Raum muß eine mittlere Höhe von mindestens 2,20 m im Lichten haben und für jeden dauernd beschäftigten Arbeiter eine Fläche von mindestens 0,75 qm enthalten.
2. Der Fußboden des Raumes muß fest, trocken, dicht und eben hergestellt werden und ist stets rein zu halten. Gewächserde oder aufgeschütteter Erdboden ist mindestens mit Brettern dicht zu belegeln.
3. Dach und Wände des Raumes sind westerdicht herzustellen, das Dach in der Regel mit Dachpappe zu decken.
4. Der Raum muß eine gut verschließbare Tür haben und ist durch verschließbare und zu öffnende Fenster zu erhellen.
5. Vom 15. Oktober bis zum 15. März ist der Raum beheizbar zu machen.
6. Für die dauernd beim Baue beschäftigten Arbeiter sind im Unterhause Räume Sitzplätze zu beschaffen, Waschgefäße und Spünpfanne aufzustellen sowie Vorrichtungen zum Wärmen der Speisen zu treffen und verschleißbare Kleiderablagen vorzusehen.
7. In dem Räume muß ein weiterrichter, aber jedermann leicht zugänglicher Kasten mit Verbandstoffen vorhanden sein.
8. Baumaterialien irgend welcher Art dürfen in dem Räume nicht aufbewahrt werden.
9. Bei Tiefbauten müssen die Unterhause Räume so liegen, daß jedes Arbeiters Beschäftigungsort weiter als 750 m entfernt ist. Beseitigt in dicht bebauten Ortsteilen die Herstellung besonderer Unterhause Räume unverhältnismäßige Schwierigkeiten, so kann auch in anderer Weise für die nötige Unterkunft gesorgt werden. Auf Schankwirtschaften dürfen die Arbeiter nicht verwiesen werden.

Bei Hochbauten, und auf besonderes Verlangen der Amtshauptmannschaft auch bei Tiefbauten, müssen für die dauernd beschäftigten Arbeiter während der ganzen Bauzeit Aborte vorhanden sein.

1. Die einzelnen Aborte sind in Dach und Wänden westerdicht herzustellen, auch voneinander und nach außen hin - nötigenfalls durch Türen vor den Türen - gegen jeden Einblick abzusperren.
2. Werden mehr als 3 Arbeiterinnen dauernd beschäftigt, so ist für sie ein besonderer, vom Männeraborte getrennter, durch Wasserleitung bequemer Abort herzustellen.
3. Es ist mindestens 1 Abort für je 25 Personen zu beschaffen.
4. Jeder Abort muß bis auf den erforderlichen Ausschnitt vollständig bedeckt sein.
5. Neben den Aborten ist ein besonderes, westerdichtes und gegen Einblick nach allen Seiten geschütztes Pissoir in genügender Größe herzustellen.
6. Aborte und Pissoir sind nicht in durchlässige Gruben zu entleeren, sondern an eine öffentliche Entwässerungsanlage vorchriftsgemäß anzuschließen; ist das nicht thunlich, so ist unter jedem Abort eine am Ausflusse des Pissoirs eine westerdichte Zonne anzustellen, die je nach Bedarf fortgeschafft und durch eine leere mit Kalkmilch bestreute Zonne ersetzt werden muß.

Stuckateur-, Puffer- und Tischlerarbeiten dürfen in Neubauten vom 15. November bis zum 15. März nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, worin gearbeitet wird, durch - nach Befinden vorläufig anzubringende - Türen und Fenster verschlossen sind.

In Räumen, wo offene Kohlenfeuer brennen, darf nicht gearbeitet werden; solche Räume müssen gegen andere, in denen gearbeitet wird, dicht abgeschlossen und dürfen nur vorübergehend von den die Kohlenherde beaufsichtigenden Personen betreten werden.

Arbeiterinnen dürfen nur auf solchen Gerüsten beschäftigt werden, deren Stützwerke durchaus dicht mit Brettern belegt und untereinander nicht durch Leitern, sondern durch feste Ebenen verbunden sind.

Vor Beginn des eigentlichen Baues muß außer den Unterhause-Räumen und Aborten auch die Versorgung der Arbeiter mit Trinkwasser durch einen festigen, von der Abortanlage mindestens 10 m entfernten Brunnen oder durch eine gute Wasserleitung beschafft sein.

Die Durchführung der vorstehenden Bestimmungen wird nach § 140 Absatz 2 des Allgemeinen Baugesetzes durch Androhung und Vollstreckung von Geldstrafen bis zu 1000 Mark oder von Haftstrafen bis zu 6 Wochen oder durch Verhängung des Bauverbotes erfolgen.

Gr i m m a, 19. Juli 1919. Bau 815a.

Die Amtshauptmannschaft. Der Arbeiterrat.

Es besteht Anlaß darauf hinzuweisen, daß jeder Arbeitgeber, welcher Kriegsgefangene beschäftigt, sofort dem Kriegsgefangenenlager Chemnitz mitzuteilen hat, wenn ein Kriegsgefangener seine Arbeitsstelle verläßt. Desgleichen hat ein Arbeitgeber einem Kriegsgefangenen nicht ohne Mitteilung des Vorgesetzten in Beschäftigung

nehmen. Arbeitgeber, welche Kriegsgefangene unberechtigterweise beschäftigen, haben die Genehmigung hierzu unverzüglich nachträglich beim Lagerkommando einzuholen. Wer gegen diese Bestimmungen verstößt, ist nach Befinden haftbar für den Schaden, der durch die nicht genügende Kontrolle des Gefangenen etwa entsteht.

Die Ortsbehörden werden angewiesen, die Nummern der in der Gemeinde beschäftigten Kriegsgefangenen am 1. und 15. jeden Monats dem Lager mitzuteilen.

Die Einlieferung des Lagergeldes durch die Arbeitgeber hat bis spätestens zum 15. August 1919 beim Gefangenenlager Chemnitz zu erfolgen.

Gr i m m a, 28. Juli 1919. G 1076.

Die Amtshauptmannschaft.

### Kartoffeln.

Für die Woche vom 4. bis 9. d. M. werden auf jede Kartoffelmarke 5 Pfund Frühkartoffeln zum Preise von 18 Pf. das Pfund bei den bekannten 3 Verkaufsstellen abgegeben. Die Kartoffeln treffen voraussichtlich Mittwoch ein.

Naunhof, am 2. August 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.  
Wille. Thiemann.

### Vereinsbank Naunhof in Naunhof

Kredit-Gewährung.  
Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Schecks.  
Scheck- und Giro-Verkehr.  
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.  
Bismarckstr. 44. Geschäftszeit: 10-12 Uhr. Postfach Nr. 1076.

### Keine Zeitung für eilige Leser.

- \* Der amerikanische Senat begann mit der Beratung des Friedensvertrages.
- \* Die Weltkosten des Weltkrieges belaufen sich nach einer Mitteilung des französischen Finanzministers auf 1000 Milliarden.
- \* In England ist der Friedensvertrag nunmehr endgültig ratifiziert worden.
- \* Die deutschen Vertreter in Versailles protestierten gegen die Abgabe der Reichsfläche an Frankreich.
- \* Der R.-B. ist ein neues Gesetz gegen die Kapitalflucht ins Ausland zugestanden.
- \* In Bulgarien rechnet man kühnlich mit der Ausrückung der Räterepublik nach ungarischem Muster.
- \* Der gelamte deutsche Flugpostdienst ist wegen Mangel an Betriebsstoffen eingestellt worden.

### Umsturzhoffnungen.

Es ist noch ein blühendes Aergernis in Weimar während der letzten Tage; das sind Fiebererwartungen, um die nach einer besorgten Unruhe, wie wir sie erlebt haben, kein Volk herumkommt. Nun will man „wirklich“ an die Arbeit. Der neue Verein von 60 Millionen Deutscher hat sich keine Sorgen gegeben, die Verfassung der deutschen Republik ist unter Dach und Fach. Damit, so denkt man, ist alles in Ordnung.

Von den Vätern der Unabhängigen hört man Gelächter. Diese Bestimmung werde kein langes Leben haben. Eine neue Revolution werde sehr bald mit ihr wieder aufkommen.

Dah an neuen Umsturz nicht nur gedacht, sondern daß er ernsthaft vorbereitet wird, das bestätigen alle Nachrichten der politischen Polizei. Der Leiter rundernt sich vielleicht. Politische Polizei? Die ist doch abgeschafft! Gewiß, der frühere Polizeipräsident von Berlin, Eichhorn, hat bei Amtsantritt sofort erklärt, in einer proletarischen Republik brauche man eine solche Einrichtung nicht. Die ganze Abteilung wurde dem Namen nach aufgelöst. Man fragte die Beamten, wer in den Ruhestand treten wolle, worauf die meisten erklärten, weiterarbeiten zu wollen. Man brachte sie in anderen Abteilungen unter. Die Hilfskräfte aber, die sogenannten Biglanten und Spigel, wurden den Einwohnermeldeämtern und anderen Behörden überwiesen. Was nachblieb, wurde in einer Abteilung zur Überwachung von Verdächtigen zusammengesetzt. Aber es erwies sich bald, daß das Verdächtigenverzeichnis ungeheuer groß war. Die alte politische Polizei wurde sogar noch vergrößert, die Biglanten kehrten wieder. Heute ist die Abteilung größer, als jemals der Geheimdienst der Republik Benedikt oder eines anderen Staates, von dem die Geschichte uns die besondere Ausbildung der politischen Polizei überliefert hat.

Die Angestellten dieser Abteilung haben im Auftrag der neuen deutschen Republik insbesondere alles zu überwachen, was mit dem Umsturz zu tun hat. Sie melden, daß der Anhang der Unabhängigen in letzter Zeit hart zurückgeht. Dagegen wachse die Schaar der Kommunisten, Sozialisten, Bolschewiken, Anarchisten. Es finden häufig Versammlungen statt, man bestet sich an die Seiten aller Verschwörer, es fehlt in ihren Reihen auch nicht an Beratern, die um Geld alles preisgeben. Es ist damit der

polizeilichen Jagd so weit, daß die neuen Umstürzler in keinem Lokal Berlins mehr eine Zusammenkunft abhalten können.

Trotzdem erreicht die jeweilige Barole alle Anhänger. Im Kropfower Park oder im Friedrichshain oder sonstwo ist ein harmloser Spaziergänger auf einer Bank oder schlendert an einem bestimmten Baum vorbei. Ihn streift fast ein anderer, dem er etwas geraunt; eine halbe Stunde später wieder einer, dann noch einer und so fort. Schließlich ist, wenn auch unter großem Zeitaufwand, die Barole durch. Sozial politische Polizei aber hat man im ganzen Reich nicht, um einen derartigen Verkehr der Anhänger der nächsten Revolution verhindern zu können.

Nach rechnet das dunkle Kreiben mit längerer Zeiträumen, nicht mit einem unmittelbaren Ausbruch der Revolution. Augenblicklich läßt sich nichts machen, weil die „Rosa Garde“ zu stark ist, weil das Militär jeden Aufruhr niederzuschlagen kann. Aber im Friedensvertrage haben wir uns ja zu einem Abbau der Wehrmacht von bisher rund 700000 auf nur 100000 Mann verpflichtet, und nach Durchführung der Maßregel ist dem Deutschen Reich, auch das steht in dem Vertrag, nur die Zahl von 84000 Militärgewehren als Besitz gestattet. Da verfügen die Kommunisten ja schon heute über weit mehr in allen ihren Verleiden. Sie rechnen damit, daß von den zur Entlassung kommenden rund 600000 Mann nur ein kleiner Teil mit Hilfe des Staates in einem auskömmlichen Beruf untergebracht werden kann, daß die Wehrzahl in ihrer Ungenügsamkeit zu einem bequemen Objekt der Verehrung werden wird. Noch mehr blühe der Weizen, sobald erst die 800000 Gefangenen, wohl im Laufe des Spätherbstes, nach Deutschland kämen. Unter ihnen befänden sich viele Überläufer, denen das „Vaterland“ schon während des Krieges sehr gleichgültig gewesen sei; unter ihnen werde man eine Unmenge Rekruten für die nächste Revolution werden können. Die rechte Zeit dafür werde der kommende Winter sein, denn da werde die Rot groß werden. Vor allem die Kohlennot werde uns ruinieren. Dazu käme, während wir bisher noch ganz in Ruhe gelassen wurden, da der Friede ja noch nicht ratifiziert sei, dann auch der Beginn der Tributzahlungen an die Entente. Das Reichsnotopfer werde nicht die deutsche Regierung in die Hände bekommen, sondern der Feind; und die deutsche Regierung werde sehr bald gezwungen sein, ihre Zahlungen, auch die von Pensionen und Gehältern, einzustellen. So reise denn die Saat für die große Ummwälzung.

Alles das, auch die Einzelheiten des Aktionsplanes, hat die heute riesenhafte Organisation der politischen Polizei festgelegt und mit Belegen zur Hand. Die regierenden Männer sind durch sie über die Umsturzhoffnungen genau unterrichtet worden. Es gibt also für unsere Politiker Sorgen, die in keiner Zeitung stehen und in keinem Parlament besprochen worden sind, die aber alle anderen Sorgen noch überragen. Unter diesen Umständen erscheint den Eingeweihten alles das, worum man sich jetzt in Weimar getritten hat, nahezu als belanglos.

Diese Gefahr wird auch nicht dadurch beschworen, daß wir jetzt schöne Verfassungsparagraphen haben und eine Flagge für die Seefische, die wir einmal bauen wollen. Flugan, Weibbücher, Parteiprogramme und alle diese Dinge sind nicht so wichtig, als Lötten, die dem Umsturz seine Hoffnungen benehmen. Wir müssen wirklich an die Arbeit. Eine zweite Revolution könnte unser Volk nicht mehr überleben; oder aber, es erstünde ein Erb, wie einst in Frankreich, ein Napoleon, und ein Säbelregiment machte allem ein Ende, was man heute noch als Errungenschaft bezeichnet.

Es gibt manchen, der sich danach sehnt. Es gibt viele, denen alles recht ist, wenn nur die Ordnung kommt. Und schließlich würde eine „Restaurierung“, eine Wiederherstellung vielleicht, ebenso willenslos aufgenommen werden, wie es der Revolution, dem Umsturz, geschah. Die Zwischmühle ist da. Nun muß die Regierung handeln. Vorläufig wird noch geredet, vorläufig platatiert man Reden, und druckt Weibbücher. Germanicus.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

\* Gegen die Abgabe der Reichsfläche an Frankreich. Von den deutschen Vertretern in Versailles wurde zu der Frage der Lieferung von Reichsfläche ausgeführt, daß es nicht die Absicht der Entente sein könne, auch noch nach dem Krieg die deutschen Kinder durch Entziehung von Reichsfläche zu schwächen. Es wurde darauf hingewiesen, daß sich auch bei der Entente selbst gegen die Lieferung von Reichsfläche Bedenken erhoben hätten, wie insbesondere aus einer Rede von Lord Cecil im englischen Unterhause hervorgehe. Die deutschen Delegierten erklärten, sie vertrauten sehr darauf, daß die Entente Deutschland die Lieferung von Reichsfläche aus den deutschen Beständen erlassen werde. Sie würden sich dieser Lieferung nur fügen, wenn sie von der Entente tatsächlich dazu gezwungen werden könnten. Der Vertreter der Entente bebielt sich eine Antwort auf diese Erklärung vor.

\* Das Gesetz gegen die Kapitalflucht ist der Nationalversammlung zugestanden. Danach dürfen auf Reichs-

Theater.  
Beipzig.  
senschaft  
m. b. H.  
Mitglieder, die  
eigenen Ge-  
werden Kaballe  
D. V.  
!!!  
tag  
Fin-  
ols-  
reich  
ier-  
gel-  
und  
e n.  
aben  
und  
eine  
k.  
rt,  
Zr  
Beschäfti-  
a sofort  
Bau-  
Krab, meißter,  
Möbel  
x Art  
dem Tagespreisen  
JAHN  
// Markt 13.  
nen Dank.  
iter.  
ohter.